Demokratie und Gleichbehandlung (Kurzversion)

von Michael Dongus, Nordstraße 30, 75392 Deckenpfronn
Tel.: 0176 500 80 777, Email: michael.dongus@gmx.net

am 28. August 2017

Aus dem **Demokratieprinzip** „**Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus**“ folgt, dass keine Staatsgewalt von irgend jemand anderem ausgehen darf, als von den deutschen Staatsbürgern.

Weiter folgt dabei aus dem **Gleichheitssatz** „**Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich**“, dass jeder Deutsche die gleichen Möglichkeiten haben muss, seine Staatsgewalt auszuüben.

Kein Deutscher muss also dulden, wenn er bestimmte Möglichkeiten nicht hat, die andere zur Ausübung von Staatsgewalt nutzen. Nun hat aber die Quandt-Familie am 9. Okt. 2013 der CDU 690.000€ gespendet (Quelle: Spiegel Online). Dazu ist festzustellen:

- 1.) Eine solche Partei-Großspende kann sich nicht jeder deutsche Staatsbürger leisten.
- 2.) Jeder Parteispender übt mit seinem Geld Staatsgewalt aus, indem er – wie ein Wähler mit seiner Stimme – die Partei begünstigt, die seine Interessen am besten vertritt.
- 3.) Neben den Quandts gibt es auch Unternehmen, die an Parteien spenden, obwohl sie keine deutschen Bürger sind und deshalb gar keine Staatsgewalt ausüben dürften.

Resümee: **Jede Parteispende ist zwar bisher legal, aber so oder so verfassungswidrig**, weil sie entweder den Gleichheitssatz verletzt, wenn sie von einem Staatsbürger ausgeht, der damit seine Landsleute übervorteilt, oder weil sie das Demokratieprinzip verletzt, wenn Nicht-Staatsbürger spenden.

Der Gesetzgeber muss also zur verfassungskonformen Verwirklichung von Demokratie und Gleichbehandlung **Parteispenden verbieten**.